

Drogenbeauftragte oder Kanzlerin - wer arbeitet der Drogenindustrie in die Hände?

31.05.2013, 15:19 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Pro Rauchfrei e.V. - Lobby der Nichtraucher*



Postanschrift:

Leopoldstrasse 104

80802 München

Pflichtgemäß stellte die Drogenbeauftragte Frau Dyckmans kürzlich den Sucht- und Drogenbericht 2013 vor. Den Rückgang von Jugendlichen Rauchern wollte sie als Erfolg der schwarz-gelben Koalition verstanden wissen. Pro Rauchfrei widerspricht deutlich: Die positive Entwicklung der Zahl jugendlicher Nichtraucher ist auf die, von der FDP abgelehnten Rauchverbote und nicht auf Maßnahmen seitens der „Freien Drogen Partei“ FDP zurückzuführen. Seit Jahren kopuliert die FDP ungeniert mit der Tabaklobby und verhindert alle Maßnahmen, Rauchern beim Ausstieg aus der Sucht zu unterstützen und Nichtraucher umfassend zu schützen. Frau Dyckmans, die ihr Amt eher verwaltet als aktiv Veränderungen zu bewirken, fungiert als Feigenblatt einer tabakfreundlichen Politik.

Folgende Situation verdeutlicht dies: Obwohl Deutschland bereits 2004 die Richtlinien der WHO zu einem völligen Werbeverbot ratifiziert und in deutsches Recht übernommen hat, ist Deutschland das einzige Land in der EU, in dem für Tabak noch öffentlich geworben werden darf. Während Verbraucherministerin Aigner eine Umsetzung der WHO-Richtlinien unterstützt, wehrt sich Wirtschaftsminister Rösler (selbst Arzt!) vehement.

Selbst in die Kritik gekommen, schiebt nun FDP-Frau Dyckmans der Kanzlerin den schwarzen Peter zu: „Sollte es stimmen, dass das Bundeskanzleramt die Umsetzung der WHO-Richtlinien verhindert, dann stecken nicht nur einzelne Minister mit der Tabakdrogenindustrie unter einer Decke, sondern die gesamte deutsche Regierung. Sie steht damit moralisch auf einer Stufe mit den Drogenkartellen in Kolumbien und Afghanistan. Will sich Frau Dyckmans wirklich von aller Schuld frei waschen, dann müsse sie jetzt sofort zurücktreten und ein Zeichen setzen für eine glaubhafte Gesundheitspolitik“, so Siegfried Ermer, Vorsitzender des bundesweit größten Nichtraucherverbands Pro Rauchfrei.

Pro Rauchfrei fordert ein vollständiges Verbot aller Formen von Tabakwerbung und die konsequente Umsetzung der EU-

Verpackungsrichtlinie.

Pressemitteilung

Pro Rauchfrei Pressedienst, Berlin/München,

30. Mai 2013, 1994 Zeichen, 263 Wörter

Portrait

Pro Rauchfrei ist ein gemeinnütziger Verein und ein im bundestag akkreditierter Lobbyverband. Gleiche Chancen für alle. Deshalb ein generelles Rauchverbot für alle Gaststätten ohne Ausnahmen. Davon profitieren nicht nur Gäste, sondern auch die Angestellten.

Keine Raucherzimmer mehr in Schulen, Krankenhäusern oder in sonstigen Bildungs- und Pfleg-Einrichtungen.

Kinder und Jugendliche dürfen nirgendwo dem schädlichen Tabakrauch ausgesetzt sein, auch nicht Zuhause. Das Passivrauchen ist als Körperverletzung zu ahnden. Nur dann ist der Passivrauchschutz kein Lippenbekenntnis mehr.

Verstöße müssen mit strikten Strafen geahndet werden, damit nicht die Ehrlichen die Dummen sind und der Gesetzesbruch nicht zum Volkssport wird.

News-ID: 723521 • Views: 938 (Stand: 05.10.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/723521/Drogenbeauftragte-oder-Kanzlerin-wer-arbeitet-der-Drogenindustrie-in-die-Haende.html>